Bezugs-Preis
in der Hauptexpedition oder den im Stadtbezirk und den Vororten errichteten Ausgabestellen abgeholt: vierteljährlich ℳ 4.50, bei zweimaliger täglicher Zustellung ins Haus ℳ 5.50. Durch die Post bezogen für Deutschland und Oesterreich: vierteljährlich ℳ 6.—, Directe tägliche Kreuzbandsendung ins Ausland: monatlich ℳ 7.50.

Die Morgen-Ausgabe erscheint täglich ½7 Uhr, die Abend-Ausgabe Wochentags 5 Uhr.

Redaction und Expedition:
Johannisgasse 8.
Die Expedition ist Wochentags ununterbrochen geöffnet von früh 8 bis Abends 7 Uhr.

Filialen:
Otto Klemm's Sortim. (Alfred Hahn), Universitätsstraße 1,
Louis Lösche, Katharinenstr. 14, part. und Königsplatz 7.

Morgen-Ausgabe.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Anzeigen-Preis
die 6gespaltene Petitzeile 20 Pfg.
Reclamen unter dem Redactionsstrich (4gespalten) 50 ₰, vor den Familiennachrichten (6gespalten) 40 ₰.
Größere Schriften laut unserem Preisverzeichniß. Tabellarischer und Ziffernsatz nach höherem Tarif.

Extra-Beilagen (gefalzt), nur mit der Morgen-Ausgabe, ohne Postbeförderung ℳ 60.—, mit Postbeförderung ℳ 70.—.

Annahmeschluß für Anzeigen:
Abend-Ausgabe: Vormittags 10 Uhr.
Morgen-Ausgabe: Nachmittags 4 Uhr.
Sonn- und Festtags früh ½9 Uhr.
Bei den Filialen und Annahmestellen je eine halbe Stunde früher.
Anzeigen sind stets an die Expedition zu richten.

Druck und Verlag von E. Polz in Leipzig

№ 573. **Freitag** den 9. November 1894. **88. Jahrgang.**

Amtliche Bekanntmachungen.

Bekanntmachung.

Das 11. Stück des diesjährigen Gesetz- und Verordnungsblattes für das Königreich Sachsen ist bei uns eingegangen und wird bis zum 24. dieses Monats auf dem Rathhaussaale zur Einsichtnahme öffentlich aushängen.

Dasselbe enthält:

Nr. 51. Verordnung, die Aufstellung von Petroleum-, Benzin- und Gasmotoren betreffend; vom 11. September 1894.

Nr. 52. Verordnung zu weiterer Ausführung des Gesetzes vom 20. Mai 1867, das Beisatzrecht zur Aufnahme von Protokollen und zu Beglaubigungen bei Justiz- und Verwaltungsbehörden betreffend; vom 17. September 1894.

Nr. 53. Bekanntmachung, die Gegenzeichnung der auf Grund des Gesetzes vom 2. April 1894 auszugebenden Staats-Schuldverschreibungen über 3procentige Renten betreffend; vom 8. October 1894.

Nr. 54. Verordnung, die Eintragung der Staatsforstreviere in das Grundbuch betreffend; vom 16. October 1894.

Nr. 55. Verordnung, die Enteignung von Grundeigenthum für Erweiterung des Bahnhofs Chemnitz durch Herstellung einer Rangiergleise bei Siegmar betreffend; vom 19. October 1894.

Leipzig, den 6. November 1894.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Krambiegel.

Bekanntmachung.

In Gemäßheit des §. 1 der Vorschriften für die Ausführung von Anlagen zur Benutzung der städtischen Wasserwerke vom 6. Februar 1888 machen wir hierdurch bekannt, daß der Klempner

Herr Albert Glimcke,
Waldstraße Nr. 17,

zur Uebernahme solcher Arbeiten bei uns sich angemeldet und den Besitz der hierzu erforderlichen Vorrichtungen nachgewiesen hat.

Leipzig, den 6. November 1894.

Der Rath der Stadt Leipzig.
X. 6678. Dr. Georgi. Vollrath.

Erledigt

hat sich unsere Bekanntmachung vom 11. October 1894, den Maurer Ernst Hermann Döring aus Nachhausen betreffend.

Leipzig, am 2. November 1894.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Armen-Amt, Abth. II.
A. R. IV, Abth. II, 13754. Deutschel. D.

Gefunden

wurde vor mehreren Wochen

ein Beutel mit etwa 90 Mark.

Zur Ermittelung des Eigenthümers wird dies hierdurch bekannt gemacht.

Leipzig, den 2. November 1894.

Das Polizeiamt der Stadt Leipzig.
III. 5909. Bretschneider. Dr.

Die städtische Sparcasse

beleiht Werthpapiere unter günstigen Bedingungen.

Leipzig, den 10. Januar 1894.

Die Sparcassen-Deputation.

Offene Schutzmannsstelle.

Bei der hiesigen Gemeinde ist am 1. December 1894 eine mit Pensionsberechtigung verbundene Schutzmannsstelle neu zu besetzen.

Gehalt 800 ℳ, Bekleidungsgeld 80 ℳ jährlich.

Geeignete Bewerber, welche gediente Militairs sein und als solche mindestens Unteroffiziersrang erlangt haben müssen, wollen Gesuche mit Zeugnissen in Abschrift

längstens am 14. November d. J.

hier einreichen.

Reudnitz, am 6. November 1894.

Der Gemeindevorstand.
Th. Uhlig.

Deutschland und Rußland.

Unter dem vorstehenden Titel bringen die „Hamburger Nachr." einen ersichtlich von Bargin aus beeinflußten Leitartikel, dessen Wiedergabe uns angezeigt erscheint. Der Artikel lautet:

Anläßlich des Thronwechsels in Rußland und anknüpfend an das Verhalten der Franzosen, wird jetzt in der deutschen Presse vielfach die Frage erörtert, wie sich das Verhältniß zwischen Deutschland und Rußland künftig gestalten werde. Einige Blätter empfehlen als Richtschnur das bekannte Wort: „Wir laufen Niemand nach." Daß Deutschland dies nicht thut, sollte selbstverständlich sein; es würde ihm auch nichts nützen, sondern nur schaden. Vortheil hat ein Staat noch niemals durch „Nachlaufen" gehabt; dies wird nur als Schwäche ausgelegt, verstärkt die fremden Ansprüche und treibt bei deren schließlicher Nichterfüllung erst recht zum Bruch.

Was zur Sicherung guter Beziehungen zu Rußland aber geschehen kann und geschehen muß, ist die Schonung der russischen Empfindlichkeit, soweit dies mit den eigenen Interessen Deutschlands verträglich ist. In erster Linie kommt hierbei die Behandlung der polnischen Frage in Betracht. Wer auch in Rußland Zar ist, die Ansichten und Wünsche in Bezug auf Polen werden immer dieselben bleiben; Rußland wird durch jede Begünstigung der Polen, welche diese in ihren nationalen Bestrebungen bestärkt, beunruhigt und von Mißtrauen in die Absichten der Begünstiger erfüllt.

Gleicher Schonung, wie die polnische Frage, bedarf der Gegensatz Rußlands zu England. Das Maß von Vertrauen, welches die russischen Staatsmänner der Berliner Politik entgegenbringen, wird nach den Ereignissen in Ostasien noch mehr als bisher davon abhängen, wie weit die deutsche Intimität mit England geht. Der Fortbestand des russischen Wunsches, den Frieden zu erhalten, ist schließlich nicht allein von den deutsch-russischen Beziehungen abhängig. Rußland kann gegen seinen Willen, zur Sicherung bedrohter Interessen und zur Ausführung seiner Pläne in die Lage gerathen, es auf kriegerische Maßregeln ankommen zu lassen. Wie ihm dann Deutschland gegenübersteht, ob es Neutralität zu wahren vermöchte, hängt in erster Linie von der Richtung ab, welche die auswärtige Politik des deutschen Reichs bis dahin eingeschlagen hat; es hängt davon ab, in welchem Maße ein Engagement Deutschlands für Interessen vorliegt, die nicht in den Rahmen der Kriegsabwehr durch den Dreibund fallen und deren Förderung nur im Gegensatz zu den Ansprüchen Rußlands auf Schließung seiner Hausthür am Schwarzen Meere und auf Expansion in Asien erfolgen könnte. Mit anderen Worten: bei künftigen Auseinandersetzungen, die Rußland mit dritten Staaten etwa vorzunehmen haben könnte, wird für Deutschland die Möglichkeit, mit dem Zarenreiche in Frieden und somit gegen den französischen Revanchekrieg gesichert zu bleiben, dadurch bedingt, wie weit sich die deutsche Politik freie Hand zu bewahren vermochte, wie weit sie sich nicht für fremde Interessen eingesetzt hat. Es giebt Situationen, in denen ein Staat den Consequenzen seiner früheren Politik sich auch dann nicht mehr entziehen, kann, wenn er es möchte.

Ein dritter Punct, wo sich Deutschland der Enthaltsamkeit Rußland gegenüber im Interesse der Fortdauer guter Beziehungen zu ihm zu befleißigen hat, ist die Einmischung in die inneren Angelegenheiten Rußlands, die von der deutschen Presse, von der „Kreuz-Zeitung" bis zum „Vorwärts" aus den allerverschiedensten Gründen oft genug gefordert wird, mag es sich um die Behandlung der Balten, der Juden, um Herstellung „verfassungsmäßiger Zustände" oder um sonst etwas handeln. Was die baltischen Schmerzen der „Kreuz-Zeitung" betrifft, so erinnern wir daran, daß die baltische Frage zwischen Berlin und St. Petersburg einmal schroffstich berührt worden ist, indem in den 60er Jahren Herr von Bismarck seine vertraulichen Beziehungen zu seinem russischen Collegen Gortschakow, die damals noch das Ergebniß seines Petersburger Aufenthalts waren, zur Anregung der Sache glaubte benutzen zu können; die eigenhändige Antwort Gortschakow's war aber in dem Grade von Entrüstung über fremde Einmischung in innere russische Angelegenheiten geführt, daß man sich in Berlin überzeugen mußte, den leidenden Deutschen in den russischen Ostseeprovinzen durch fernere Betonung des landsmannschaftlichen Interesses nur zu schaden. Das ist seitdem so geblieben. Die Befürchtung, daß jede reichsdeutsche Einmischung Vormände zur Verschärfung der Verfolgungen bieten würde, ist von maßgebenden deutschen Persönlichkeiten in den baltischen Provinzen stets getheilt worden; sie haben in Berlin wiederholt gebeten, ihre Lage nicht durch Einmischung zu verschlimmern und ihren Feinden in Rußland nicht neuen Stoff zu Verdächtigungen und Angriffen zu bieten. Aehnlich liegt die Sache in Bezug auf die Behandlung der Juden in Rußland. Wenigstens war dies die Lage der Dinge unter der Regierung Alexander's III.; ob der Sohn und Nachfolger hierin eine Aenderung eintreten lassen wird, wissen wir nicht. In diesen Fragen muß Alles der russischen Initiative im eigenen Lande überlassen bleiben . . . Was schließlich die absolute russische Regierungsform betrifft, so kann dieselbe für uns unmöglich einen Grund abgeben, den Russen die Segnungen des Constitutionalismus oder gar des Liberalismus an der Spitze deutscher Heere aufzunöthigen und uns mit der sonst keineswegs erforderlichen und unschwer zu vermeidenden Nothwendigkeit eines Krieges auf zwei Fronten zu belasten . . . .

Damit wären die Angelegenheiten erschöpft, in denen wir Rußland gegenüber Schonung und Enthaltsamkeit zu üben haben und üben können, ohne uns etwas zu vergeben; eine Erweiterung derselben kann durch Vorgänge auf dem Gebiete der auswärtigen Politik eintreten, doch liegt einstweilen kein Anlaß vor, sich mit ihnen zu beschäftigen. Alles Uebrige muß der Zeit und der Gestaltung der Dinge unter dem neuen Zaren überlassen bleiben.

Deutsches Reich.

A. **Berlin**, 7. November. Das polnische Vereinswesen in der preußischen Monarchie hat wie die polnische Presse in den beiden letzten Jahrzehnten einen ganz außerordentlichen Aufschwung genommen. Innerhalb des deutschen Reiches werden gegenwärtig etwa 2000 polnische Vereine gezählt. Besonders zahlreich sind im Osten die polnischen landwirthschaftlichen Vereine. Da giebt es den polnischen landwirthschaftlichen Centralverein der Großgrundbesitzer für die Provinz Posen, der seinen Sitz in der Stadt Posen hat und außerdem zehn große Zweigvereine zählt, sowie einen Verein der polnischen Großgrundbesitzer Westpreußens. Dann kommen die polnischen bäuerlichen Vereine, von denen in der Provinz Posen 168 und in Westpreußen annähernd 60 gezählt werden. Außerdem giebt es in Oberschlesien einige Dutzend polnischer bäuerlicher Vereine. Hierbei muß auch der Verein zur Unterstützung polnischer Wirthschaftsbeamten erwähnt werden. Dem Verbande der polnischen Erwerbs- und Wirthschaftsgenossenschaften für Posen und Westpreußen gehören gegenwärtig 84 Genossenschaften (davon 62 in Posen und 22 in Westpreußen) mit zusammen 28 815 Mitgliedern an. Die letzte Rechnungsbilanz wies in Activen und Passiven rund 9 Millionen Mark auf. Polnische Gewerbe-, Industrie-, Handwerker- und kaufmännische Vereine giebt es in Posen und Westpreußen 204 und am 11. November soll in Posen ein Verband der polnischen Kaufleute für Posen, Westpreußen, Oberschlesien 2c. begründet werden. Auch polnische Turn- und Gesangvereine sind in den letzten Jahren in größerer Anzahl begründet worden. So zählt man gegenwärtig in Westpreußen, Posen und Schlesien 51 Turn- und etwa 30 Gesangvereine. Der polnische Volksbibliothekenverein hatte bis zum 31. December 1893 in Posen, Westpreußen, Ostpreußen und Schlesien und im östlichsten Zipfel von Pommern nicht weniger als 1261 Volksbibliotheken aufgestellt, und in der Stadt Posen giebt es zur Zeit 10 Ausgabestellen dieser Volksbibliotheken. Neuerdings sind auch in Posen und Westpreußen 10 polnisch-katholische Arbeitervereine ins Leben gerufen worden. Der bedeutendste polnische Verein ist der Verein zur Unterstützung der lernenden Jugend (der Marcinkowski'sche), der Schüler und Studenten mit Stipendien bis zu 900 ℳ unterstützt. Ebenso giebt es in Posen einen Verein zur Unterstützung der weiblichen lernenden Jugend. Ferner existirt für Westpreußen ein besonderer Verein zur Unterstützung der lernenden polnischen Jugend u. s. w. Rein wissenschaftliche Zwecke verfolgt der Verein der Freunde der Wissenschaften in Posen mit bedeutenden wissenschaftlichen Sammlungen, wissenschaftlichen Sectionen, Bibliothek und dergl. Die Anzahl der polnischen Vereine in Mittel- und Westdeutschland ist ebenfalls beträchtlich. In Berlin und seinen Vororten, wo insgesammt 55 000 Polen leben, zählt man 69 polnische (katholische) Vereine und außerdem noch mehrere socialistische Zirkel. In der Provinz Sachsen werden 20 polnische Vereine, in Hannover und Schleswig-Holstein 5, in Westfalen 55 und in der Rheinprovinz 21 polnische Vereine gezählt. Der polnische Verein zu Bottrop in Westfalen hat über 500 Mitglieder. In den größeren Städten des Königreichs Sachsen, wie in Dresden, Leipzig, Chemnitz 2c., ebenso im Braunschweigischen, in Stettin, in Hamburg und anderen größeren Städten Deutschlands existirt eine Reihe polnischer Vereine und Clubs. Dazu kommt eine Anzahl polnischer Vereinsbanken, größerer polnischer Actiengesellschaften, polnischer Actienhotels, eine polnische Lebensversicherungs-Gesellschaft 2c. In der Stadt Posen giebt es ein halbes Dutzend Bankinstitute polnischer Vereine. Auch polnische landwirthschaftliche Parcellirungs-Genossenschaften, Meliorations-Gesellschaften 2c. sind in den letzten Jahren in Posen, Westpreußen und Oberschlesien ins Leben gerufen worden. Außerdem giebt es noch eine Reihe rein religiöser polnischer Vereine, Geselligkeitsvereine, Theatervereine 2c.

△ **Berlin**, 8. November. Daß bei der ersten Berathung der Umsturzvorlage im Reichstag die ganze innere Situation, wie sie sich durch den Kanzlerwechsel gestaltet hat, einer gründlichen Erörterung unterzogen wird, ist unausbleiblich. Irgendwo muß sie doch anknüpfen, und bei diesem Gegenstand ist sie mehr am Platz, als bei einem andern. Man wird dadurch vielleicht vermeiden können, daß diese Debatte noch einmal bei der ersten Etatsberathung veranstaltet wird, oder man wird doch erreichen, daß der Rahm abgeschöpft ist und damit die Neigung geschwächt wird, noch einmal die sachlichen Verhandlungen durch lange Abschweifungen aufzuhalten. Man nimmt an, daß Fürst Hohenlohe die Vorlage im Allgemeinen einleiten wird, deren Vertretung im Einzelnen dann der Minister von Köller übernehmen dürfte.

Y. **Berlin**, 8. November. (Telegramm.) Der **Kaiser** verblieb gestern Nachmittag im Arbeitszimmer und erledigte Regierungsgeschäfte. Zur Abendtafel im Neuen Palais hatten Einladungen erhalten: die Herzogin Adelheid von Schleswig-Holstein, Prinz und Prinzessin Friedrich Leopold von Preußen, Herzog und Herzogin Johann Albrecht von Mecklenburg nebst Gefolge. Heute früh unternahmen der Kaiser und die Kaiserin einen gemeinsamen Spaziergang in die Umgegend von Potsdam. Nach der Rückkehr hörte der Kaiser den Vortrag des Kriegsministers und arbeitete darauf mit dem Generaladjutanten v. Hahnke. Dann empfing der Kaiser den Präsidenten des Evangelischen Oberkirchenraths D. Dr. Barkhausen, Mittags hatte der italienische Divisionscommandeur, Vicepräsident der Commission für internationale Erdmessung, Ferrero, die Ehre des Empfanges.

Y. **Berlin**, 8. November. (Telegramm.) Der „Reichsanzeiger" schreibt: Beim 2. Bataillon des 3. Posenschen Infanterie-Regiments in **Glogau** sind am 5. und 6. November **Magen- und Darmerkrankungen** in großer Zahl vorgekommen. Das Auftreten weist auf eine gemeinsame, schädliche, dem Wesen nach noch nicht genau ermittelte, jedenfalls ganz vorübergehende, nicht mehr fortdauernde Einwirkung hin. Der Verdacht auf Cholera, welche kurz vorher in einem bei Glogau gelegenen Dorfe festgestellt worden war, ist nach dem Ergebnisse der bakteriologischen Untersuchungen und nach dem Verlaufe der durchweg leichten Erkrankungen auszuschließen. Bereits am 7. November sind fast sämmtliche Erkrankte genesen, auch bei den wenigen noch in Behandlung befindlichen Mannschaften liegen bedrohliche oder schwere Krankheitserscheinungen nicht vor.

Y. **Berlin**, 8. November. (Telegramm.) Der „Reichsanzeiger" erklärt die Mittheilung der „Deutschen Tagesztg.", daß ein **neues Exercir-Reglement** vom obersten Kriegsherrn begutachtet worden sei, und daß die Einführung bei der Infanterie nur noch eine Frage der Zeit wäre, für **falsch**.

Y. **Berlin**, 8. November. (Telegramm.) Im nächsten preußischen Etat ist, der „N. A. Z." zufolge, wiederum eine nicht unerhebliche **Vermehrung der Richterstellen** vorgesehen.

Y. **Berlin**, 8. November. (Telegramm.) Der „Nordd. Allg. Ztg." wird die Nachricht, daß Ober-Regierungsrath **v. Wilmowski** zum Chef der Reichskanzlei ausersehen sei, als richtig bestätigt.

B. **Berlin**, 8. November. (Privattelegramm.) Die „Nationalliberale Correspondenz" erklärt, die **Reichsfinanzreform** sei nicht aufgegeben worden und könne nicht aufgegeben werden; ohne dieselbe hätte die Tabaksfabrikatsteuer keine Begründung. Dieses Auseinandersetzung zwischen dem Reiche und den Einzelstaaten sei Hauptsache und bleibe eine absolute Nothwendigkeit, wenn auch auf Ueberweisungen verzichtet werden müsse.

B. **Berlin**, 8. November. (Privattelegramm.) Die „Nat.-Z." schreibt: Die Verhandlungen mit Herrn Dr. **Koch** wegen Uebernahme des preußischen Justizministeriums haben sich, wie wir erfahren, in letzter Stunde zerschlagen. Wie nützlich in manchen Beziehungen es auch gewesen wäre, wenn Herr Dr. Koch das Justizministerium übernommen hätte, so kann man sich seines Verbleibens an der Spitze der Reichsbank doch nur freuen. Die Frage der Neubesetzung des Justizministeriums dürfte, wie manche andere, zunächst ruhen, da Fürst Hohenlohe gestern Abend nach München und Straßburg abgereist ist und erst in etwa zehn Tagen nach Berlin zurückkehrt. Daß Herr von Schelling demnächst zurücktritt, steht fest, und zwar dürfte sein Ausscheiden noch vor dem 12. December, an welchem er bekanntlich sein fünfzigjähriges Dienstjubiläum feiern würde, erfolgen. Die Ansicht, daß noch weitere Personalveränderungen bevorstehen, erhält sich in wohlunterrichteten Kreisen.

B. **Berlin**, 8. November. (Privattelegramm.) Die (vom „Leipz. Tagebl." nicht erwähnte) Mittheilung des „Gallo", daß Graf Caprivi Dr. **Karl Peters** den Besuch des Commerses des Vereins deutscher Studenten verboten habe, bedarf einer Richtigstellung. Der Verein beabsichtigte, am 14. December einen Colonialcommers zu veranstalten, und hatte Dr. Peters gebeten, den Hauptvortrag zu halten. Dr. Peters hat hierzu die Genehmigung des früheren Reichskanzlers nicht erhalten.

— Das liberale Wahlcomité für den Kreis Köthen hat unter Berufung auf „die Principien der Partei" aufgefordert, bei der für Bernburg-Köthen erforderlichen Reichstags-Stichwahl für den nationalliberalen Candidaten Prof. Friedberg zu stimmen. Dazu bemerkt die „Freisinnige Zeitung": „Die Freisinnige Volkspartei, welche die Aufstellung der Candidatur Baumbach veranlaßt hatte, steht dieser Aufforderung fern. Der „liberale Verein" in Köthen, welcher die Candidatur Baumbach erst in einem späteren Stadium unterstützte, steht nicht auf dem Boden der Freisinnigen Volkspartei und ist deshalb auch im Vereinskalender derselben nicht aufgeführt." — Praktisch bedeutet diese Verwahrung des Richter'schen Blattes eine Unterstützung des socialdemokratischen Stichwahlcandidaten.

— Herrn Eugen Richter widerfährt das Mißgeschick, von der ihm politisch nahe stehenden „Frankf. Ztg." der rüpelhafteste unter den vielen Rüpeln der deutschen Tagespresse genannt zu werden.

— Die Entscheidung der Frage des Fortbestandes der Inspection der Jäger und Schützen ist in ein neues Stadium getreten. Wie die „B. Z." hört, hat der Kaiser Berichte hierüber von den sämmtlichen commandirenden Generalen eingefordert. Sehr namhafte Persönlichkeiten unter diesen haben sich nach dem genannten Blatte für die Auflösung ausgesprochen. Es wären das etwa 30 000 ℳ, die aus dem Militairetat auszuscheiden hätten.

— Wir haben bereits berichtet, daß am Dienstag sechs socialdemokratische Versammlungen stattgefunden haben, die sich mit den Beschlüssen des Frankfurter Parteitages beschäftigten. Die Genossen des III. Berliner Wahlkreises nahmen dabei folgende Resolution an: „Die Versammlung erklärt sich mit den Ausführungen und der Haltung der Delegirten des dritten Kreises auf dem Parteitage, nicht aber mit allen Beschlüssen des Parteitages einverstanden. Sie fügt sich zwar denselben, verspricht aber ein wachsames Auge über alle Vorkommnisse innerhalb der Partei zu halten und einzelne abgelehnte Anträge auf dem nächsten Parteitage wieder einzubringen."

* **Kiel**, 8. November. (Telegramm.) Prinz Heinrich von Preußen ist heute Vormittag, von Darmstadt kommend, hier wieder eingetroffen. (Wiederholt.)

* **Braunschweig**, 7. November. Gestern fand die zweite große socialdemokratische Volksversammlung in Sachen der bekannten Calwer'schen Broschüre statt. Dieselbe verlief indeß ergebnißlos, nach verschiedenen Reden für und gegen die Broschüre wurde die Besprechung ohne weiteren Beschluß beendet. Die Gegner Calwer's hatten es nicht gewagt, einen solchen vorzuschlagen, um sich nicht einer Niederlage auszusetzen, die ihnen gewiß zu Theil geworden wäre. Es zeigte sich später bei der Wahl eines Vertrauensmannes für die Partei, daß die Anhänger Calwer's die Mehrheit in der Versammlung hatten und daß die Gegenpartei — deren Führer sich allerdings durch die Calwer'schen Ausführungen getroffen fühlen können — vorläufig in dem Kampfe um die Herrschaft innerhalb der Braunschweiger Socialdemokratie unterlegen ist. — Eine anarchistische Versammlung konnte nicht stattfinden, da nur acht Personen erschienen waren.

□ **Magdeburg**, 8. November. Das Arbeitsnachweisbureau der Gewerkschaften hatten im dritten Quartal 1557 Personen aufgesucht. Für Männer waren 461 Stellen angemeldet, doch konnte das Bureau Mangels hinreichender geeigneter Kräfte nur 343 Stellen besetzen. Auch an geeignetem weiblichen Arbeitspersonal fehlte es. Für die vacanten 72 Plätze konnten vom Bureau nur 46 Bewerber nachgewiesen werden, die auch eingestellt wurden.

* **Darmstadt**, 8. November. (Telegramm.) Neueren Dispositionen zufolge reist der Großherzog am 13. November nach Petersburg ab. (Wiederholt.)

* **Karlsruhe**, 7. November. Heute fand eine Delegirten-Versammlung der 1000 Mitglieder umfassenden Betriebs-Krankencasse der Eisenbahnarbeiter statt. Seitens der Generaldirection wurde derselben eröffnet, daß sich in Zukunft die Krankencasse auch auf die Familien-Angehörigen bis zu 14 Jahren ausdehnen werde. Die Kosten steigern sich um 1 Proc., von denen ein Drittel die Generaldirection, zwei Drittel der Arbeiter trägt. Die Casse wird nach dieser Bestimmung für circa 40 000 Personen zu sorgen haben. Von den Gesammtkosten tragen die Arbeiter 2⅔ Proc., die Generaldirection 1⅓ Proc.

* **Stuttgart**, 7. November. Die evangelische Landessynode nahm heute den Artikel des Gesetzentwurfs, betreffend Religionsreversalien, an gemäß dem Antrag Braun, wonach die Kirchenregierung bestehen soll aus drei evangelischen Mitgliedern des Geheimen Raths, den Präsidenten des Consistoriums und der Synode, sowie einem von der Oberkirchenbehörde und dem Synodalausschuß zu wählenden Generalsuperintendenten.

* **Regensburg**, 7. November. In Sachen des Fuchsmühler Waldstreites wird auch nach den amtlichen Aufklärungen, noch mehr als das Vorgehen des Militairs, die Frage erörtert, ob es überhaupt nothwendig war, Militair zu requiriren. Diese Frage wird fast allgemein verneint. Man erinnert an die Hemauer Affaire, bei der es sich um einen wirklichen Aufruhr in aller Form handelte. Mehrere Civilpersonen waren dort in der gefährlichsten Weise an Leben und Eigenthum bedroht, Gendarmen waren geschlagen, dem k. Bezirksamtmann waren die Röcke eingestochen worden — und doch wurde Militair nicht requirirt. (Allg. Z.)

* **München**, 8. November. (Telegramm.) Der Reichskanzler Fürst von Hohenlohe ist in Begleitung seines Sohnes, des Prinzen Alexander, heute Vormittag hier eingetroffen. Am Bahnhofe hatten sich der bayerische Ministerpräsident Freiherr v. Crailsheim und der preußische Gesandte Freiherr von Thielmann zum Empfange eingefunden. (Wtb.)

Oesterreich-Ungarn.

* **Troppau**, 8. November. (Telegramm.) Gestern und heute fuhr in den Schächten in Dombrau, Orlau, Lazy und Poremba ein Theil der Belegschaft, theils zu 10-, theils zu 8stündiger Schicht ein. Morgen wird eine normale Anfahrt zu 10stündiger Schicht erwartet.

* **Pest**, 8. November (Telegramm.) Die meisten Blätter, auch die Oppositionellen, tadeln aufs Schärfste die